

Stand: 08.02.2026 07:34:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17815

"Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17815 vom 18.07.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 20.07.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18799 des BI vom 24.10.2017
4. Beschluss des Plenums 17/18948 vom 09.11.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hahnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREEIE WÄHLER)**

Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt die von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Studie, der zufolge die Personal- und Raumversorgung von Schulen angesichts der aktuellen Geburtentrends sowie höherer Zuwanderung in den kommenden Jahren in allen Bundesländern Deutschlands gefährdet sein könnten, mit Besorgnis zur Kenntnis.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, über die strategische Ausrichtung der Personalplanung des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) sowie über Konsequenzen, die sie aus der Studie zieht, zu berichten.

Insbesondere sollten hier die Bereiche Lehrerversorgung, Erhalt und Neueinrichtung von Schulstandorten sowie Bildungsausgaben Berücksichtigung finden, wobei auch auf regionspezifische Entwicklungen sowie Unterschiede zwischen Schulstandorten im urbanen und ländlichen Raum Bezug genommen werden sollte.

1. Bezuglich der Personalplanung an Bayerns Schulen sollten durch den Bericht insbesondere folgende Fragen beantwortet werden können:

- Inwieweit werden Analysen zu regionspezifischen demografischen Entwicklungstrends berücksichtigt und welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde?
- Inwieweit werden Analysen gesellschaftlicher sowie die Berufswelt betreffender Entwicklungstrends berücksichtigt und welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde?

– Inwieweit werden Analysen der Altersstruktur des Lehrpersonals sowie der Studierendenzahlen mit Blick auf die jeweilige Qualifikationsstruktur (Schularten und Fächerkombinationen) berücksichtigt, welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde und welche Personalbeschaffungsmaßnahmen bzw. Kompensationsstrategien verfolgt das StMBW bei drohenden Unterkapazitäten?

– Inwieweit werden arbeitsrechtliche Veränderungen, die mittelbaren oder unmittelbaren Einfluss auf die Lehrerversorgung haben können, berücksichtigt?

– Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Auswirkungen des prognostizierten Schüler-Booms nicht durch eine Erhöhung der Schüler-je-Klasse-Relation und Schüler-je-Lehrkraft-Relation kompensieren zu müssen?

2. Bezuglich des Erhalts bzw. der Neueinrichtung von Schulstandorten sollten durch den Bericht insbesondere folgende Fragen beantwortet werden können:

– Welche Maßnahmen verfolgt die Staatsregierung, um aktuell drohende Schulschließungen zu verhindern, insbesondere angesichts des von der Studie prognostizierten Schüler-Booms, der in den kommenden Jahren den Erhalt, Ausbau und die Neueinrichtung von Schulstandorten nötig machen wird?

– Welche Annahmen zu regionspezifischen Entwicklungen in Bayern liegen diesen Maßnahmen zugrunde?

3. Bezuglich der Bildungsausgaben sollten durch den Bericht insbesondere folgende Fragen beantwortet werden können:

– Welche zusätzlichen Kosten entstehen dem Freistaat Bayern voraussichtlich für Personal an den Schulen bis 2030, wenn die Prognosen der Studie auf Bayern zutreffen (differenziert nach Grundschulen, weiterführenden Schulen, Berufsschulen)?

– Welche Kosten entstehen dem Freistaat Bayern und den bayerischen Kommunen voraussichtlich für den Ausbau und die Neueinrichtung von Schulstandorten bis 2030, wenn die Prognosen der Studie auf Bayern zutreffen?

Begründung:

„Der Traum von der demografischen Rendite ist inzwischen ausgeträumt“, so heißt es in der kürzlich erschienenen Studie zum Lehrkräftemangel, die von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegeben wurde. Demnach sind angesichts unerwartet hoher Geburtenraten, hoher Zuwanderungszahlen sowie einer großen Zahl an Lehrkräftepensionierungen deutschlandweit sowohl Personal- als auch Raumversorgung gefährdet. Mit Blick auf die Studie gilt es nun, endlich ein langfristiges Konzept zur Vermeidung des Lehrkräftemangels in Bayern zu entwickeln.

Hierfür sollte sich die Staatsregierung vermehrt darum bemühen, eine genaue Analyse des Ist-Stands der derzeitigen Strategie des StMBW zur Personalpla-

nung an Schulen durchzuführen, um durch die Identifizierung möglicher Fehlplanungen endlich die Gründe für die seit Jahren wiederkehrenden Unterkapazitäten aufzudecken, die sich sowohl auf die Qualität als auch auf die Quantität der Unterrichtsstunden an Bayerns Schulen auswirken.

Gleichzeitig gilt es, bereits frühzeitig die notwendigen Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie „Demografische Rendite adé“ zu ziehen, um für die kommenden Jahre, in denen die Schülerzahlen deutlich anwachsen und es aufgrund der Altersstruktur vermehrt zu Pensionierungen von Lehrkräften kommen wird, möglichst frühzeitig eine Personal- und Raumplanungsstrategie entwickeln zu können.

diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Abgeordneter Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17836 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Josef Zellmeier (CSU): Aber jetzt in einer geänderten Form!)

– In der veränderten Fassung. Das heißt, dass der letzte Satz gestrichen wird. Dies ist die veränderte Fassung. – Wer also diesem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER in der veränderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos) und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dann auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Zu guter Letzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/17837 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen – –

(Zurufe)

– Entschuldigung. Also: CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuziegen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Kollege Felbinger hat vorhin bei Zustimmung mitgestimmt. Jetzt Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung bei Claudia Stamm (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/17813 mit 17/17816 sowie auf den Drucksachen 17/17818 und 17/17819 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir es geschafft.

(Allgemeiner Beifall)

Führen wir jetzt noch unsere Tradition weiter.

Ich komme zum letzten Punkt unserer Tagesordnung:

Schlussworte

Ich darf jetzt Frau Kollegin Bause das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Selbst nach fast 18 Jahren im Landtag gibt es immer noch Dinge, die man zum ersten Mal macht. So stehe ich heute zum ersten Mal hier, um für die Opposition die Worte zur Verabschiedung in die Sommerpause zu sprechen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Markus Rinderspacher und den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die mir die Gelegenheit geben, an dieser Stelle vor dem Plenum zu reden. Der Grund dafür ist eine besondere Situation; denn es ist wahrscheinlich meine letzte Rede hier im Bayerischen Landtag.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

– Ich höre das Bedauern. Danke schön.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Ungewissheit, Frau Bause!)

Wenn die Wählerinnen und Wähler es wollen, werde ich ab Herbst dieses Jahres dem Deutschen Bundestag angehören. Ich freue mich sehr über diese Geste, lieber Markus, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Sie zeigt, dass es in der Politik bei aller Konkurrenz auch Großzügigkeit gibt, und sie zeigt, dass Demokratie nicht allein davon lebt, die eigenen Ansprüche und Rechte durchzusetzen, sondern auch von Souveränität und einem guten Miteinander. Oder wie wir hier in Bayern sagen: Leben und leben lassen. Ich glaube, es würde dem Landtag guttun, wenn wir alle gemeinsam und öfter nach diesem Grundsatz handelten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Zum Abschied gehört als Erstes der Dank, der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts in allen seinen Abteilungen für ihre stete Hilfsbereitschaft, für ihre Zuverlässigkeit und für ihre große Einsatzbereitschaft. Danke an die Polizistinnen und Polizisten und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pforte dafür, dass sie immer für unsere Sicherheit da sind. Danke an den Sanitätsdienst, der im Notfall immer schnell zur Stelle ist. Danke an die Reinigungskräfte, die wohl am besten mitbekommen, dass zwar vom papierlosen Landtag geredet wird, dass wir aber noch weit davon entfernt sind. Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien und in den Fraktionen. Danke an die Vertreterinnen und Vertreter



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/17815

Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beseitigen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Anlässlich der von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie wird die Staatsregierung gebeten, über die strategische Ausrichtung der Personalplanung des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) für die bayerischen Schulen sowie über Konsequenzen aus den in der Studie aufgezeigten Trends zu berichten.

Insbesondere sollten hier die Bereiche Unterrichtsversorgung, Erhalt und Neueinrichtung von Schulstandorten Berücksichtigung finden, wobei auch auf regionspezifische Entwicklungen sowie Unterschiede zwischen Schulstandorten im urbanen und ländlichen Raum Bezug genommen werden sollte.

1. Bezuglich der Personalplanung an Bayerns Schulen sollten durch den Bericht insbesondere folgende Fragen beantwortet werden können:
 - Inwieweit werden Analysen zu regionspezifischen demografischen Entwicklungstrends berücksichtigt und welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde?
 - Inwieweit werden Analysen gesellschaftlicher sowie die Berufswelt betreffender Entwicklungstrends berücksichtigt und welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde?
 - Inwieweit werden Analysen der Altersstruktur des Lehrpersonals sowie der Studierenden-

zahlen mit Blick auf die jeweilige Qualifikationsstruktur (Schularten und Fächerkombinationen) berücksichtigt, welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde und welche Personalbeschaffungsmaßnahmen bzw. Kompensationsstrategien verfolgt das StMBW bei drohenden Unterkapazitäten?

- Inwieweit werden arbeitsrechtliche Veränderungen, die mittelbaren oder unmittelbaren Einfluss auf die Unterrichtsversorgung haben können, berücksichtigt?
 - Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Auswirkungen des prognostizierten Schüler-Booms nicht durch eine Erhöhung der Schüler-je-Klasse-Relation und Schüler-je-Lehrkraft-Relation kompensieren zu müssen?
2. Bezuglich des Erhalts bzw. der Neueinrichtung von Schulstandorten sollten durch den Bericht insbesondere folgende Fragen beantwortet werden können:
 - Welche Maßnahmen verfolgt die Staatsregierung, um aktuell drohende Schulschließungen zu verhindern, insbesondere angesichts des von der Studie prognostizierten Schüler-Booms, der in den kommenden Jahren den Erhalt, Ausbau und die Neueinrichtung von Schulstandorten nötig machen wird?
 - Welche Annahmen zu regionspezifischen Entwicklungen in Bayern liegen diesen Maßnahmen zugrunde?“

Berichterstatter: **Prof. Dr. Michael Piazolo**
Mitberichterstatter: **Peter Tomaschko**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 69. Sitzung am 28. September 2017 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 167. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass die Überschrift folgende Fassung erhält:
„Bedarfsorientiertere Planung bei Lehrkräften an bayerischen Schulen“
4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 63. Sitzung am 24. Oktober 2017 mitberaten und einstimmig der Stellungnahme des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugestimmt.

Martin GÜLL
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/17815, 17/18799

Bedarfsorientiertere Planung bei Lehrkräften an bayerischen Schulen

Anlässlich der von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie wird die Staatsregierung gebeten, über die strategische Ausrichtung der Personalplanung des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) für die bayerischen Schulen sowie über Konsequenzen aus den in der Studie aufgezeigten Trends zu berichten.

Insbesondere sollten hier die Bereiche Unterrichtsversorgung, Erhalt und Neueinrichtung von Schulstandorten Berücksichtigung finden, wobei auch auf regionspezifische Entwicklungen sowie Unterschiede zwischen Schulstandorten im urbanen und ländlichen Raum Bezug genommen werden sollte.

1. Bezuglich der Personalplanung an Bayerns Schulen sollten durch den Bericht insbesondere folgende Fragen beantwortet werden können:

- Inwieweit werden Analysen zu regionspezifischen demografischen Entwicklungstrends berücksichtigt und welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde?
- Inwieweit werden Analysen gesellschaftlicher sowie die Berufswelt betreffender Entwicklungstrends berücksichtigt und welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde?

- Inwieweit werden Analysen der Altersstruktur des Lehrpersonals sowie der Studierendenzahlen mit Blick auf die jeweilige Qualifikationsstruktur (Schularten und Fächerkombinationen) berücksichtigt, welche Datenerhebungs- und Datenbewertungsverfahren liegen diesen zugrunde und welche Personalbeschaffungsmaßnahmen bzw. Kompensationsstrategien verfolgt das StMBW bei drohenden Unterkapazitäten?
- Inwieweit werden arbeitsrechtliche Veränderungen, die mittelbaren oder unmittelbaren Einfluss auf die Unterrichtsversorgung haben können, berücksichtigt?
- Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Auswirkungen des prognostizierten Schüler-Booms nicht durch eine Erhöhung der Schüler-je-Klasse-Relation und Schüler-je-Lehrkraft-Relation kompensieren zu müssen?

2. Bezuglich des Erhalts bzw. der Neueinrichtung von Schulstandorten sollten durch den Bericht insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- Welche Maßnahmen verfolgt die Staatsregierung, um aktuell drohende Schulschließungen zu verhindern, insbesondere angesichts des von der Studie prognostizierten Schüler-Booms, der in den kommenden Jahren den Erhalt, Ausbau und die Neueinrichtung von Schulstandorten nötig machen wird?
- Welche Annahmen zu regionspezifischen Entwicklungen in Bayern liegen diesen Maßnahmen zugrunde?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ‚EU-Cybersicherheitsagentur‘ ... und zur Aufhebung der Verordnung ... Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ... Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final,
BR-Drs. 680/17
Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus entschieden bekämpfen!
Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein,
Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Drs. 17/16970, 17/18674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann,
Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur
Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern
Drs. 17/17487, 17/18679 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antisemitismus entschlossen entgegentreten
Drs. 17/17525, 17/18681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach
Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pflege Drs. 17/17593, 17/18695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Packungsbeilage für Arzneimittel in „Leichter Sprache“
Drs. 17/17595, 17/18696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tram-Nordtangente in München verwirklichen
Drs. 17/17816, 17/18797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Barbara Stamm,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Stärkung der Betreuungsvereine
Drs. 17/17860, 17/18789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Oliver Jörg u.a. CSU
Weiterentwicklung des Studienzweigs Musik am Matthias-Grünewald-
Gymnasium Würzburg im Sinne der Begabten- und Hochbegabtenförderung
Drs. 17/17862, 17/18800 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen
Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!
Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

